

Unruhen im türkischen Kurdengebiet

Herausforderungen für die Türkei und die EU

Heinz Kramer

Das türkische Kurdengebiet hat Ende März 2006 die heftigsten Unruhen seit einem Jahrzehnt erlebt. Seitdem ist die Unsicherheit im Land gestiegen, denn es wurde drastisch deutlich, dass von einer »Normalisierung« in der türkischen Kurdenfrage nicht die Rede sein kann: In kurdischen Kreisen gibt es Meinungsverschiedenheiten über die richtige Politik gegenüber dem Staat. Die Regierung Erdoğan hat ihrerseits kein politisches Konzept für den Umgang mit dem Problem. Die Europäische Union schwankt in ihren Signalen an die Türkei zwischen Anti-Terror-Politik und dem Appell, die Menschenrechte zu achten. Es ist höchste Zeit für einen intensiven Dialog zwischen der EU und der Türkei über die langfristigen Ziele der Kurdenpolitik und die dafür anzuwendenden Methoden.

Am 28. März 2006 kam es in Diyarbakır, der Metropole des türkischen Kurdengebiets im Südosten des Landes, zu schweren Unruhen, die sich in den folgenden Tagen verstärkten und auf andere Städte in der Region übergriffen. Tausende von Demonstranten, an ihrer Spitze vor allem kurdische Jugendliche und Kinder, zogen randalierend durch die Straßen, warfen Molotow-Cocktails, zerstörten Banken und Geschäfte und versuchten sogar, Polizeiwachen und andere staatliche Gebäude zu demolieren. Ihr Zorn richtete sich gegen den türkischen Staat. Ausgangspunkt der Ausschreitungen war die Beerdigung von vier PKK-Kämpfern, die in der Woche zuvor zusammen mit zehn weiteren Terroristen bei Kämpfen gegen die Sicherheitskräfte im Umland der Stadt getötet worden waren.

Die PKK hatte diesen Vorfall zum Anlass genommen, die Bevölkerung zu Protestkundgebungen und zu Akten des zivilen Ungehorsams aufzurufen. Angesichts der von den Demonstranten ausgehenden Gewalt griffen die staatlichen Sicherheitskräfte drastisch durch: Sie setzten neben Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen auch scharfe Munition ein, mit der sie – nach eigenen Angaben – in die Luft schossen, um die Demonstrationen aufzulösen. Die Unruhen, in deren Verlauf insgesamt 16 Personen ums Leben kamen und Hunderte verletzt und verhaftet wurden, waren die schwersten seit Jahren. Sie griffen kurzfristig auch auf Istanbul über, wo bei gewalttätigen Protesten von PKK-Sympathisanten drei unbeteiligte junge Frauen getötet wurden und Angehörige

rige der »Freiheitsfalken Kurdistans«, einer nach Ansicht der Sicherheitskräfte von der PKK gesteuerten Organisation, mehrere Bombenanschläge verübten. Die Gruppe wird auch für mehrere Bombenattentate des vergangenen Jahres in Touristenorten der Westtürkei verantwortlich gemacht.

Die quasi über Nacht ausgebrochenen Unruhen, deren Ausmaß und Virulenz keiner vorhergesehen hatte, haben der Illusion von einer fortschreitenden Normalisierung des türkischen Kurdenproblems schlagartig ein Ende gemacht.

Gemischte Reaktionen der staatlichen Institutionen

Der Aufruhr löste in der politischen Elite und der türkischen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über die Frage aus, wie man dem terroristischen Wirken der PKK ein Ende setzen und wer an der Fortdauer der Organisation ein Interesse haben könnte. Daneben wird auch wieder kontrovers darüber debattiert, ob es in der Türkei ein Kurdenproblem gibt oder nur ein Terrorproblem, oder ob es sich bei den Konflikten um ein Entwicklungsproblem handelt und wer an dem erneuten gewaltsamen Aufbrechen des Konflikts bzw. an seiner ungenügenden Bearbeitung die Schuld trägt.

Die ersten Reaktionen der Regierung und der politischen Elite in Ankara waren von Sprachlosigkeit und Hilflosigkeit gekennzeichnet. Auch die Militärführung war mit öffentlichen Stellungnahmen ausgesprochen zurückhaltend. Die Sicherheitskräfte vor Ort, das heißt die Polizei, die paramilitärische Gendarmerie und die militärischen Spezialeinheiten, versuchten Härte und Entschlossenheit zu demonstrieren, während die zivile staatliche Autorität, der Gouverneur der Provinz Diyarbakır, zur Mäßigung und einer politischen Lösung des Konflikts aufrief. Der Gouverneur wurde darin von Osman Baydemir, dem kurdischen Oberbürgermeister der Stadt unterstützt, dessen Haltung allerdings reichlich zwiespältig erscheint, weil er gleichzeitig auch Verständnis für die Wut der Demons-

tranten zeigte. Baydemir billigte damit nicht nur indirekt deren gewaltsames Vorgehen, sondern vermied es auch, sich klar von der PKK zu distanzieren.

Diese Reaktionen der verschiedenen staatlichen und politischen Kreise sind Ausdruck der äußerst komplexen Situation, die den Hintergrund der Ereignisse bildet. Sowohl auf kurdischer Seite als auch auf der der staatlichen Institutionen gibt es keine einheitliche Haltung gegenüber der Tatsache, dass die Lage in den Kurdengebieten nach wie vor keineswegs normal ist.

Ungeklärte Machtverhältnisse im kurdischen Lager

Auf Seiten der Kurden erklärt sich die Unklarheit über das künftige politische Vorgehen hauptsächlich mit dem Fortwirken des »Faktors Öcalan« und der PKK. Zwar ist der Führer der Organisation seit seiner Verurteilung im Sommer 1999 und der seitdem andauernden Isolationshaft auf der Insel Imralı in seinen politischen Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt, doch Abdullah Öcalan ist nach wie vor nicht ohne Einfluss auf die politische Entwicklung in den kurdischen Kreisen. Das gilt sowohl für die PKK als auch für die Versuche, eine zivile Vertretung der Kurden im Parteienspektrum zu etablieren. Der PKK-Führer genießt außerdem immer noch erhebliche Sympathien in der kurdischen Bevölkerung in der Region.

Die PKK ist zwar militärisch besiegt, doch nicht völlig vernichtet. Ihre militärische Führung hat sich zusammen mit dem harten Kern einiger Tausend Kämpfer in die nordirakischen Kandilberge im Grenzgebiet zu Iran zurückgezogen. Dort konnte sie sich weitgehend unbehelligt von den nordirakischen Kurdenparteien und ihren Peshmergas von der Gefangennahme ihres Führers erholen. Vor ihrer endgültigen Vernichtung durch das türkische Militär bewahrte sie der von Öcalan aus dem Gefängnis heraus verkündete Strategiewechsel, dem zufolge die PKK offiziell dem gewaltsamen Terror abschwor, das Ziel einer

Abspaltung der Kurdengebiete vom türkischen Staatsverband aufgab und einen »Waffenstillstand« verkündete. Seitdem halten sich Gerüchte über PKK-interne Machtkämpfe und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kämpfern in den Kandilbergen und der Gruppe um Öcalan, der hauptsächlich über seine Anwälte weiter in die Organisation hineinwirkt.

Begünstigt wurde das Überleben der Terrororganisation auch durch die Annäherung der Türkei an die EU und den Irakkrieg der USA. Mit dem Beginn des Beitrittsprozesses war eine gewisse »Zivilisierung« der türkischen Kurdenpolitik verbunden, die zusammen mit dem damit einhergehenden landesweiten Demokratisierungsprozess für eine allmähliche Entspannung der Lage im Südosten sorgte und den türkischen Sicherheitskräften größere Zurückhaltung bei der Verfolgung der »Separatisten« auferlegte. Das Abseitsstehen der Türkei im Irakkrieg machte die nordirakischen Kurden zu wichtigen Verbündeten der USA im Kampf gegen das Regime von Saddam Hussein. Als Gegenleistung fördert Washington die Konsolidierung einer kurdischen autonomen Region im Irak, in der ein vergleichsweise hohes Maß an Ordnung und Ruhe herrscht. Türkische Wünsche nach einem militärischen Vorgehen gegen die PKK-Kämpfer werden von den USA im Interesse der Bewahrung dieser relativen Stabilität immer wieder zurückgewiesen. Auch die nordirakische Kurdenführung zeigt trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur PKK kein Interesse, den türkischen Wünschen nachzukommen, solange Ankara die Entwicklung eines »Kurdensstaats« im Nordirak als latente Gefahr für die eigene nationale Stabilität ansieht und die PKK sich aus dem politischen Geschehen im Nordirak heraushält.

Diese Lage wurde in der Türkei vor allem von der Regierungspartei AKP genutzt, die sich bei den landesweiten Parlamentswahlen, aber auch bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2004 als politische Kraft im Kurdengebiet etablieren konnte. Allerdings wurde ihre politische Wirkung durch die

Dominanz der kurdischen Demokratischen Volkspartei (DEHAP) eingeschränkt, die seit 2005 in der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) aufgegangen ist. In dieser haben sich die zivilen nationalbewussten kurdischen Kräfte zusammengefunden. Dabei ist unklar, welchen Einfluss Öcalan und seine PKK in der Partei haben. Er ist aber offenbar so genug, dass sich die DTP-Führung bisher nicht zu einem klaren Bruch mit der PKK entschließen konnte.

Gleichwohl haben Öcalan und die PKK wohl befürchtet, dass sie in der kurdischen Bevölkerung zu sehr an Einfluss verlieren, und deshalb im Juni 2004 das Ende ihres »Waffenstillstands« verkündet mit der Begründung, der türkische Staat sei nicht auf ihr Angebot zur politischen Lösung eingegangen. Seitdem hat die Intensität der Kämpfe zwischen den Terroristen und dem Militär in den türkischen Kurdenprovinzen stetig zugenommen, so dass in letzter Zeit wöchentlich Todesopfer zu beklagen waren.

Der Kurswechsel der PKK hat die zivile Parteiführung in ein ernstes Solidaritätsdilemma gebracht: Wollte sie die nach wie vor zahlreichen Anhänger Öcalans in der Bevölkerung nicht verprellen, durfte sie sich nicht eindeutig von der neuen Gewaltstrategie distanzieren. Andererseits läuft sie damit Gefahr, in den Augen der türkischen Öffentlichkeit ihre Reputation als »ziviler« Vertreter kurdischer Interessen gegenüber dem Staat zu verlieren. Diese Reaktion lässt sich auch bereits in der Bevölkerung in den türkischen Zentren im Westen des Landes beobachten: Zwischen DTP und PKK wird nicht mehr differenziert; stattdessen wird generell ein hartes staatliches Vorgehen gegen »die Kurden« befürwortet. Der Gegensatz zwischen kurdischem Nationalismus und türkischem Nationalismus tritt in der Türkei wieder schärfer hervor und wird durch die Unruhen weiter vertieft.

Das beschriebene Dilemma betrifft insbesondere die DEHAP-/DTP-Bürgermeister, die zahlreiche wichtige Städte im Kurdengebiet auf der Grundlage großer Wählermehrheiten regieren. Sie haben sich infolge der von der EU verlangten allgemeinen

Demokratisierung gegenüber den Institutionen des Zentralstaats als relativ erfolgreiche Volksvertreter positionieren können und sind so für Öcalan und die PKK zu potentiellen Rivalen um die politische Führung der »kurdischen Bewegung« geworden. Dies umso mehr, als auch die DTP-Bürgermeister keinen Zweifel an ihrer nationalkurdischen Grundüberzeugung aufkommen lassen.

Die Stellung der DTP-Bürgermeister ist inzwischen immerhin so stark geworden, dass sie die Bevölkerung sowohl Mitte Februar 2006 zum Jahrestag der Verhaftung Öcalans als auch am 21. März zum Newroz-Fest, dem kurdischen Neujahr, weitgehend davon abhalten konnten, den Aufrufen der PKK zu Massendemonstrationen zu folgen. Auch die DTP-Politiker müssen deshalb von den Ereignissen nach dem 28. März überrascht worden sein. Da sie sich aus den erwähnten Gründen nicht eindeutig davon distanzieren konnten und wollten, wurden sie umgehend zur Zielscheibe staatlicher Gegenmaßnahmen: Gegen mehrere Bürgermeister und andere DTP-Führungsmitglieder wurden inzwischen Strafverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation eingeleitet.

Dieses Mal ist es der PKK-Führung offensichtlich gelungen, die große Zahl junger Menschen und Jugendlicher anzusprechen, die vor allem in Diyarbakır, aber auch in anderen kurdischen Städten in einer verzweifelten sozialen Lage sind, keine Arbeit haben und ohne Zukunftsperspektive leben. Ihr Unmut gegenüber dem türkischen Staat, der nichts für sie tut, bildete zusammen mit dem Zorn über die Tötung der PKK-Kämpfer durch die Sicherheitskräfte ein hinreichend explosives Gemisch, um die Massenunruhen auszulösen. Gleichzeitig wurde dadurch deutlich, dass der PKK-Einfluss in den Armutsgghettos noch immer ausreicht, um über einige Tage hinweg größere Aktionen zivilen Ungehorsams zu orchestrieren, bei denen auch Gewalt gegen staatliche Autoritäten angewendet wird. Die Rivalität um die politische Führung im kurdischnationalen Lager zwischen den

PKK-Terroristen und den zivilen Parteipolitikern ist nach wie vor nicht entschieden, zumal es auch in der DTP keine einheitliche Linie für den Umgang mit der PKK und ihren Kämpfern gibt.

Dies wird auch so bleiben, solange der türkische Staat und die türkische Öffentlichkeit durch ihr Verhalten den notwendigen Differenzierungsprozess eher behindern als fördern. Symptomatisch für diese Situation mag die Äußerung des auch im europäischen Ausland als ziviler Repräsentant der Kurden geschätzten Oberbürgermeisters von Diyarbakır, Osman Baydemir, sein, der in einem Presseinterview davor warnte, dass ein weiteres Zusammenleben von Kurden und Türken bei einem Andauern der Spannungen nicht länger möglich sei – eine Äußerung, die er inzwischen als »Fehlinterpretation« bezeichnete. Gleichzeitig erklärte er die Erwartung der türkischen Öffentlichkeit, die zivilen kurdischen Politiker und Intellektuellen könnten sich offen von der PKK und Öcalan distanzieren, für unrealistisch.

Hat Baydemir Recht, dann ist das Verhältnis zwischen Türken und Kurden labiler, als man bisher allgemein angenommen hat. Dann könnte aber auch die Perspektive eines weitgehend unabhängigen Kurdenstaats im Nordirak nach einem Zerfall der staatlichen Einheit des Nachbarlands für viele Kurden im Südosten der Türkei verlockender sein, als es von außen den Anschein hat. Umso dringlicher stellt sich dann für die türkische Führung (und ihre europäischen Partner) die Aufgabe, die Beziehungen zwischen der Türkei und der nordirakischen Kurdenführung langfristig konstruktiv zu gestalten. Nur so lässt sich die in nationaltürkischen Kreisen herrschende Furcht eindämmen, ein Kurdenstaat im Nordirak würde die Separatismusneigung in der eigenen Kurdenbevölkerung fördern.

Versäumnisse der AKP-Regierung

Die jüngsten Entwicklungen im türkischen Kurdengebiet sind so auch ein deutliches

Indiz für das Versagen der AKP-Regierung von Ministerpräsident Erdoğan in diesem Konflikt. Die Organe der Staatsgewalt und die politische Elite in der Türkei sind nach wie vor hochgradig uneins darüber, wie mit der Kurdenfrage umzugehen sei. Die Sicherheitskräfte, allen voran der Generalstab, sehen ihre Hauptaufgabe darin, der terroristischen Gefährdung der nationalen Sicherheit notfalls mit drastischer Gewalt zu begegnen. Andererseits haben sie in der Phase relativer Ruhe im Anschluss an die Verurteilung Öcalans die zivilen Politiker wiederholt auf ihre Verantwortung zur politischen und sozialen Problembearbeitung hingewiesen.

Diese Appelle fanden bei den jeweiligen Regierungen jedoch kaum Widerhall. Auch die in der allgemeinen Demokratisierungspolitik so mutige AKP-Regierung hat in der Kurdenfrage keine nennenswerten Initiativen ergriffen. Zwar sprach Ministerpräsident Erdoğan im vergangenen Sommer bei einem Besuch in Diyarbakır offen von einem »Kurdenproblem« in der Türkei und bemühte sich, den kurdischnationalen Empfindlichkeiten dadurch entgegenzukommen, dass er eine Diskussion über die »richtige« Definition der türkischen Nation in Gang zu setzen versuchte. Doch erntete er dafür aus türkischnationalen Kreisen und in den Medien heftige Kritik, die penibel darauf achten, dass der geheiligte kemalistische Grundsatz von der unteilbaren Einheit der Nation und ihres Staates nicht infrage gestellt wird. Diese Kräfte gibt es auch in Erdoğan's eigener Partei, wie der türkische politische Islam überhaupt sich in der Kurdenfrage nicht grundlegend von der Sichtweise kemalistischer Kreise unterscheidet.

Hierin liegt wohl die Hauptursache dafür, dass auch die AKP-Regierung es nicht für notwendig erachtet hat, ein umfassendes Programm zur substantiellen Bearbeitung des Kurdenproblems zu entwickeln. Die konkreten Schritte, durch die Erlaubnis von Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache und von kurdischem Sprachunterricht in Privatschulen den

Forderungen der EU nach größerer kultureller Freiheit für die Kurden nachzukommen, brachten keine wirkliche Entspannung. Die damit verbundenen bürokratischen Behinderungen und die eng begrenzten Sendezeiten für die Medien entlarvten sie schnell als völlig unzureichende Alibimaßnahmen.

Zudem gingen sie am wirklichen Problem der Kurdenregion vorbei: der über Jahrzehnte verfestigten enormen wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung. Diese Lage hat sich in den neunziger Jahren durch den Krieg zwischen der PKK und der Armee noch verschlimmert. Im Verlauf der gewaltsamen Auseinandersetzungen ließen nicht nur auf beiden Seiten insgesamt 37 000 Menschen ihr Leben, der Krieg war auch Ursache für die Vertreibung von über 1 Million Kurden aus den Dörfern in den gebirgigen Grenzregionen, die der PKK vorzugsweise als Rückzugsgebiet dienten. Diese Menschen bevölkern seitdem die Elendsquartiere der Städte im Südosten, soweit sie nicht in die Wirtschaftsmetropolen der West- und Südtürkei abgewandert sind. Sie leben dort ohne Beschäftigung und ohne Hoffnung auf eine rasche Verbesserung ihrer Lage. Der seit einigen Jahren zu registrierende Konjunkturaufschwung der Türkei geht am Südosten des Landes weitgehend vorbei, und die Regierung unternimmt auch kaum Anstrengungen, die Vertriebenen in größerem Umfang in ihre Dörfer rückzusiedeln. Diese verelendeten und hoffnungslosen Massen sind der Nährboden für die von der PKK inszenierten gewaltsamen Protestaktionen von Ende März.

Elemente einer vorwärts weisenden Kurdenpolitik

Angesichts dieses äußerst gespannten Verhältnisses zwischen kurdischem und türkischem Nationalismus und der, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, keineswegs normalisierten Lage in den Kurdenprovinzen ist die türkische politische Führung gefordert, ein wirksames Programm

zur Bearbeitung des Kurdenproblems zu entwickeln und mit Hilfe ihrer internationalen Partner umzusetzen. Gegenüber der kurdischen und der türkischen Öffentlichkeit gilt es klarzustellen, dass eine politische Öffnung gegenüber den zivilen Vertretern kurdischer Interessen nicht mit der Lockerung oder Aufgabe des legitimen staatlichen Gewaltmonopols einhergehen kann und wird. Das schließt auch den Grundsatz ein, dass gewaltorientierte Terroristen keine Gesprächspartner für die Regierung sein können.

Doch ist damit nicht ausgeschlossen, dass jene Vertreter der DTP-Führung, die nicht a priori im begründeten Verdacht stehen, die Öcalan-Linie gutzuheißen, in unverbindliche Konsultationen von Regierungskreisen über eine Erfolg versprechende Kurdenpolitik einbezogen werden. Auch sollte es möglich sein, über eine Lockerung der äußerst rigiden Isolationshaft des PKK-Führers Abdullah Öcalan nachzudenken, ohne dass dies gleich mit einer Gefährdung der nationalen Sicherheit gleichgesetzt würde. Längerfristig wird die türkische Führung sich auch ernsthaft der Frage annehmen müssen, wie eine Amnestie-regelung aussehen müsste, die innerhalb der PKK einen Prozess des Zerfalls in Rückkehrwillige auf der einen und Unbelehrbare auf der anderen Seite in Gang setzen könnte. Das unbeugsame Festhalten des türkischen Staates am strikten Vergeltungsprinzip führt letztlich zur Perpetuierung des PKK-Heroismus, bringt die zivilen Kurdenpolitiker in ein unnötiges Rechtfertigungs- und Solidaritätsdilemma und verstetigt so die labile Lage in den Kurdenprovinzen.

Derartige politische Schritte, zu denen auch die Absenkung der Zehnprozenthürde bei den Parlamentswahlen gehören kann, werden aber nur dann nachhaltig zur Entspannung und Normalisierung in den Kurdenprovinzen führen, wenn sie von umfassenden Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage begleitet werden. Dazu gehören zum einen erhebliche Investitionen in die Infra-

struktur des Gesundheits- und Bildungswesens. Diese müssen aber zum anderen von Initiativen begleitet werden, die auf eine Modernisierung der immer noch sehr traditionellen kurdischen Gesellschaftsstruktur zielen – eine Politik, die in der Region auf Widerstände stoßen und auch vielen AKP-Vertretern Kopfschmerzen bereiten dürfte.

Die finanziellen Mittel, die für ein solch umfassendes und rasch wirksames Entwicklungsprogramm erforderlich sind, werden den Staatshaushalt der Türkei erheblich beanspruchen, wodurch das Programm leicht in Widerspruch zur wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik der letzten Jahre geraten kann. Deshalb sollte es in einen internationalen Rahmen eingebunden sein. So könnten zum Beispiel Mittel aus der Vorbereitungshilfe der EU gezielt für diese Zwecke eingesetzt werden. Gegenüber dem IWF sollten die EU-Staaten eine zweckgebundene Lockerung des finanziellen Sanierungsprogramms für die Türkei dahingehend erreichen, dass Ankara vorübergehend vom Ziel eines primären Budgetüberschusses von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach unten abweichen kann, wenn die Finanzierung des Südostentwicklungsprogramms anders nicht zu ermöglichen ist.

Von gleich großer Bedeutung ist jedoch die rasche und umfassende Rückkehr der in den neunziger Jahren aus ihren Dörfern vertriebenen Kurdenfamilien. Dies wäre der schnellste und einfachste Weg, diesen Menschen zu ermöglichen, den städtischen Elendsquartieren zu entkommen und ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft zu bestreiten. Auch für die dafür nötigen Finanzhilfen müssen die genannten internationalen Rahmenbedingungen gelten. Ebenso wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der türkische Staat das in den neunziger Jahren aufgebaute »Dorfschützerwesen« beendet, in dessen Rahmen kurdische Familienverbände mit staatlicher Unterstützung als Milizen gegen die PKK eingesetzt wurden. Zahlreiche dieser Gruppen haben sich inzwischen Land und

Häuser angeeignet, die von ihren ursprünglichen Besitzern (nicht immer freiwillig) verlassen wurden. Hier muss der Staat notfalls mit Zwangsmaßnahmen der Sicherheitskräfte den ursprünglichen Bewohnern wieder zu ihrem Nutzungsrecht verhelfen.

Die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Region ist eine längerfristige Entwicklungsaufgabe. Sie muss jedoch bald und mit erkennbaren Effekten in Angriff genommen werden. Infrastrukturelle Großprojekte wie das Südostanatolienprojekt (GAP) verschlingen zwar Milliarden US-Dollar, zeitigen aber nur begrenzte Wirkungen. Bis jetzt jedenfalls sind die Folgen des vor über zehn Jahren begonnenen Staudamm- und Bewässerungsprojekts weder im Bereich der Stromerzeugung noch bei der Förderung von Agro-Business in der Region nachhaltig zu spüren. Genau so wichtig wie Megaprojekte ist die davon unabhängige Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die auf die Versorgung der Region und den grenzüberschreitenden Handel mit dem Nordirak ausgerichtet sind. Letzteres setzt allerdings die bereits angesprochene Normalisierung der Beziehungen Ankaras zu den nordirakischen Kurdenvertretern voraus. Eine solche Normalisierung ist unabhängig von der politischen Entwicklung im Irak erreichbar, wenn die türkische Führung ihre Haltung in der Kirkukfrage dahingehend revidieren würde, dass sie die kurdische Dominanz in dieser wichtigen nordirakischen Ölmetropole akzeptiert und sich stattdessen mit der nordirakischen Führung über eine Zusammenarbeit einigt, die auch der türkischen Kurdenregion zugute käme.

Herausforderungen für die EU

Die jüngsten Ereignisse in der Türkei fordern die EU nicht nur in der angesprochenen Weise, das heißt im Hinblick auf die Gestaltung der Vorbeitrittshilfe heraus. Die Union wird überdies nicht umhinkommen, ihre Position auch in anderen Aspekten der Kurdenfrage deutlicher zu bestimmen. Will sie zum Beispiel jenen Abgeordneten des

Europäischen Parlaments folgen, die die Hauptverantwortung für die jüngsten Unruhen in einem Brief an Ministerpräsident Erdoğan dem türkischen Staat und seinem rigorosen Vorgehen anlasten, oder eher dem Vorsitzenden des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei, dem niederländischen Grünen Joost Lagendijk, und seinem Parteikollegen Cem Özdemir, die eher dazu tendieren, die PKK für die Verschärfung der Lage im türkischen Südosten verantwortlich zu machen?

Es genügt nicht – wie es natürlich alle tun – beide Seiten zur Mäßigung und zur Verständigung auf eine politische Lösung des Problems aufzurufen, wenn dabei nicht auch klar gesagt wird, welche Elemente aus Sicht der EU unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Lösung sein sollen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich untereinander verständigen, welche konkreten politischen Konsequenzen sie aus der Tatsache ziehen wollen, dass sie die PKK offiziell zu einer terroristischen Organisation erklärt haben. Kann die Union unter dieser Voraussetzung ernsthaft erwarten, dass diese Organisation oder eine Partei wie die DTP, die sich bisher nicht zu einer klaren Verurteilung der PKK durchringen konnte, von der türkischen Regierung als Gesprächspartner akzeptiert werden?

Die EU-Staaten sollten aber auch eine gemeinsame Linie entwickeln im Hinblick auf die Frage, wie sie mit Organisationen und Einrichtungen umgehen wollen, die nachweislich oder vermutlich zum PKK-Umfeld in Westeuropa gehören. Ein besonderer Fall ist hier der kurdischsprachige Fernsehsender Roj TV mit Sitz und Redaktion in Brüssel, der aber aus Lizenzgründen aus Dänemark sendet. Die türkische Regierung wirft dem Sender seit längerem vor, systematisch Propaganda für die PKK zu machen und auch vor den jüngsten Unruhen entsprechende Aufrufe von PKK-Führungsmitgliedern verbreitet zu haben. Die dänische Regierung ist türkischen Wünschen, den Sendebetrieb zu untersagen, bisher nicht nachgekommen und verweist auf die Grundsätze der Pressefreiheit. Sie

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

sieht sich deshalb in der türkischen Öffentlichkeit mit dem Vorwurf konfrontiert, den Terror der PKK zumindest indirekt zu unterstützen – ein Vorwurf, der auf die EU insgesamt abfärbt.

Doch auch für die laufenden Beitrittsverhandlungen ist eine EU-interne Verständigung über substantielle Elemente der Kurdenfrage von Bedeutung. Das gilt besonders, wenn sich unter den Mitgliedstaaten die Linie durchsetzen sollte, die Umsetzung der politischen Kriterien von Kopenhagen auch in den Verhandlungen über einzelne Beitrittskapitel eher technischer Natur wie »Wissenschaft und Forschung« oder »Bildung und Erziehung« zu thematisieren. Zu klären ist dann zum Beispiel, wie aus Sicht der EU-Staaten in diesen Bereichen der Grundsatz erfüllt werden soll, dass die kulturelle Identität der Kurden gewahrt werden müsse: Reichen die bisherigen Maßnahmen der türkischen Regierung in diesem Punkt aus oder müssen ihr weitergehende Schritte abverlangt werden? Und welche wären das? Hieße das zum Beispiel, dass »Kurdisch« als Lehrfach an staatlichen Schulen, »Kurdologie« als Lehr- und Forschungsgebiet an Universitäten und kurdischsprachige Rundfunk- und Fernsehsendungen unbegrenzt zugelassen werden müssten?

Darüber hinaus werden die EU-Staaten nicht umhinkönnen, sich intern über die eher grundsätzliche Frage zu verständigen, ob und wie weit man den kurdischen Forderungen nach einer weitergehenden Gewährleistung einer politischen Identität entgegenzukommen bereit ist. Bedarf es eines offiziellen Minderheitenstatus, wie ihn einige EP-Abgeordnete fordern? Sind besondere institutionelle Regelungen nötig, um die Vertretung kurdischer Interessen auf nationaler Ebene zu sichern? Wer soll nach Ansicht der EU-Staaten diese Interessen in der Türkei vertreten dürfen: die PKK, kurdische Parteien mit einer teilweise unklaren Verbindung zur PKK, kurdische Parteien, die sich eindeutig gegen die PKK abgrenzen oder die nicht geringe Zahl kurdischstämmiger Abgeordneter, die sowieso

in allen nationalen Parlamentswahlen als Kandidaten der etablierten türkischen Parteien gewählt werden?

Vor dem Hintergrund des nach wie vor schwelenden Kurdenkonflikts und der laufenden Beitrittsverhandlungen ist es auf die Dauer jedenfalls politisch zu wenig, wenn die EU und ihre Mitglieder die türkische Regierung lediglich zu verstärkten Anstrengungen für eine politische Lösung aufrufen oder im Fall offener Unruhen beide Seiten zur Mäßigung ermahnen und dabei implizit den Eindruck erwecken, der türkische Staat würde mit der PKK auf eine Stufe gestellt. Ohne eine substantielle Klärung der EU-Haltung zur türkischen Kurdenfrage und einen Dialog mit Ankara darüber wird diese Frage neben dem Zypernproblem ein zweiter dauerhafter Belastungsfaktor für die Beitrittsverhandlungen bleiben. Daran kann nur jenen politischen Kräften in der EU gelegen sein, die diese Verhandlungen sowieso für falsch halten und ihr Scheitern wünschen.